20 September 1923 • 52 Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 1 Million M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ergebnis der Pariser Besprechungen.

wünscht Teilnahme an künftigen Verhandlungen.

der Pariser Presse. — „Einigung über das Ziel, aber nicht über die Methode."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20 September.

französische Presse ist mit dem Erfolg der Minister- sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, ...te zwischen Frankreich und England gestern neues ...en habe, und daß die Wolken der letzten Zeit ver- Allerdings wird in den Kommentaren zugegeben, daß ...n in vielen Einzelheiten auseinandergingen Interessen der beiden Länder entgegengesetzt ...der persönliche Eindruck, den Poincaré und ihrer Unterhaltung empfangen hätten, sei ein ... erleichtere die Fortsetzung der Unter- Es wird sogar angedeutet, daß bereits heute ...e, ergänzende Unterredung stattfinden Baldwin noch den ganzen Donnerstag in Paris ver- ist diese Vermutung vorläufig noch nicht offiziell französische Freude über den Verlauf der Aussprache wie groß die Sorge vor einer Enttäuschung war. Aus des offiziellen Berichts, der in der englischen ...uliert, aber vor der Veröffentlichung dem französi- ...nisterpräsidenten zur Genehmigung vor- ist, läßt sich freilich die Begründung besonderer Er- ...cht herleiten, denn die Worte, daß „über das zu er- " Einigkeit bestehe, und daß „keine grundsätzlichen ...chiedenheiten" die Zusammenarbeit beider Völker für ...erhinderten, könnten in ihrer diplomatischen Dehnbarkeit die englische wie für die französische These sprechen. nicht im Interesse Deutschlands, einen verborgenen ...en den Zeilen zu suchen oder gar eine be- ...tfpannung zwischen England und Frankreich auf- ...ollen. Wenn man die Kommentare der Morgen- ...t, wird man rasch erkennen, daß Deutschland bei den ...wicklungen durch eine Entfremdung der beiden führen- ...aaten nichts gewinnen kann. Ein Vergleich der Artikel ...igsten Blättern ergibt die folgende Situation: „Der beider Regierungen ist unverändert, soweit die der Reparationspolitik in Betracht kommt, die Ruhrbesetzung ausgedrückt wird. Für Bald- ...ie Besetzung des Ruhrgebiets auch weiterhin nutzlos ich („Echo de Paris"). Er wünscht, daß die Besetzung möglich ihren militärischen Charakter ver- ...tit Parisien") und daß sie möglichst bald aufhören eine bedenkliche Einwirkung auf die inneren Zu- ...utschlands zu befürchten ist („Petit Journal" und ...ere Blätter). Poincaré hält dagegen an den bekannten fest und will nicht eher verhandeln, als bis der passive offiziell aufgegeben worden ist. Er scheint Petit Parisien") nur das eine sehr vage Zugeständnis ge- ...ben, daß der militärische Charakter der Besetzung etwas ...lten werden könnte, will aber eine Räumung ohne ent- deutsche Gegenleistungen nicht anerkennen.

...nander widersprechenden Auffassungen sind auch gestern geblieben. Aber es geht aus den französischen Kom- ...ervor, daß ein Kompromiß gesucht wird, bei dem ...gestandpunkt Frankreichs seine Rechnung findet. ...en der Regierung erklären, daß der passive Widerstand ...iet bald von selbst aufhören würde, „mit und ohne Zu- ...lerlins", und daß in diesem Falle die Ereignisse der fran- ...hese günstig seien. Baldwin hat (nach dem „Echo ") anerkannt, daß Deutschland den Widerstand ...ge mehr fortsetzen könne, und deshalb Poin- ...eten, für den Beginn der Verhandlungen ...gen Bedingungen zu stellen. „Wir können die- ...at nicht folgen," schreibt Pertinax, „aber wir stellen unseren Sieg konstatiert." In anderen Zeitungen These des „Sieges" weniger unterstrichen und nur gesagt: Widerstand aufhöre und Deutschland sich mit der Lage ab- ...le, brauche England keine weiteren Bedenken mehr zu ...nd die Verhandlungen könnten beginnen.

...diesen Verhandlungen wünsche England unter ...ständen mitzureden. Der Vorschlag des Herrn Pertinax ...r Politiker seiner Art, daß über die Ruhrbesetzung ...reich und Belgien allein mit Deutschland verhandeln sollten, ...gland nur über die Reparationsfrage im allgemeinen ...den müsse, ist auch nach den Erklärungen der französischen ...ht durchgedrungen. Poincaré hat sich sogar **mit ...nferenz aller Verbündeten prinzipiell einverstanden ...und nur den Vorbehalt gemacht, daß jede Kon- ...rgfältig vorbereitet werden müsse.** Diese Beratung ...ndeten könnte nach der Meinung des „Echo de Paris" viel- ...ondon stattfinden.

...st das Ergebnis der Unterhaltungen nach französischer Dar- Das einige nationalistische Blätter daraus den Schluß ...e Illusionen des Reiches über die wohlwollende Unterstützung würde jetzt vorüber sein", braucht nicht tragisch genommen ...n. Es ist immer nützlich, wenn Illusionen verschwinden, manchen deutschen Illusionen sind gestern immerhin auch ...nzösische in Luft aufgelöst worden. Von englischer ...wird jede Mitteilung über das Gespräch abgelehnt. Die ...skretion besteht, wenigstens offiziell, auch in den amtlichen ...gen Kreisen, in denen man sich nach dem Wort ...e Jouvenells in der Zeitung „L'Oeuvre" „entzückt, ...heimnisvoll" zeige. Aber die eingehende Erörterung ...en Nachrichtenblätter lassen erkennen, daß für die ver- trauten Freunde der französischen Regierung das Geheimnis nicht allzu sorgfältig gewahrt worden ist; man hat ihnen nicht nur Einzelheiten über die Unterredung mitgeteilt, sondern auch gesagt, wie diese Details zum Nutzen der französischen Politik ausgedrückt werden sollen. Ueber das Communiqué wurde auf der englischen Botschaft gesagt: „Wir wollen nicht auf einzelne Fragen eingehen, um nicht zu Kommentaren Anlaß zu geben, die den allgemeinen Eindruck abschwächen könnten. Irgendwelche geheimen Entscheidungen oder bestimmte Entschlüsse sind nicht gefaßt."

Die Auffassung in Berlin.

Der Standpunkt der Regierung.

Die aus Paris hier eingelaufenen Meldungen über den Verlauf der Unterhaltung zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs lassen bisher noch keinen abschließenden Gesamteindruck zu. Die Politik der deutschen Regierung geht unterdessen nach wie vor darauf hinaus, die Festsetzung einer Verhandlungsbasis für die Lösung des Ruhrkonfliktes und weiter des gesamten Reparationsproblems zu erreichen. Dabei erscheint es notwendig diejenigen Teile der deutschen Oeffentlichkeit, die jetzt vielfach die Reichsregierung zum Handeln drängen zu müssen glauben, darauf hinzuweisen, daß derartig gewaltige Probleme, wie die zur Diskussion stehenden, sich nicht von heute auf morgen lösen lassen. Zur Erreichung des der deutschen Politik vorschwebenden Zieles ist es notwendig, die freie wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes vorzubereiten. Der praktische Erfolg der Bemühungen des Reichskabinetts hängt aber naturgemäß nicht allein von der deutschen Regierung selbst ab, sondern zum großen Teil auch von den Handlungen der Alliierten selber. Weder läßt sich eine Befriedung des Ruhrgebietes, noch eine Wiederaufnahme der Tätigkeit — auch nur für ein kurzes Provisorium — erreichen, wenn nicht eine Aenderung der gegenwärtigen Zustände in diesen Gebieten durchgeführt wird. Es ist unbedingt notwendig, daß die Verwaltung wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt, daß sich das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete wieder frei entfalten und daß ein unbehinderter Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete erfolgen kann. Es ist wohl selbstverständlich, daß sich keine deutsche Regierung an den Verhandlungstisch setzen könnte, während viele tausend Deutsche noch von Haus und Hof vertrieben sind oder in Gefängnissen eingekerkert bleiben. Ist der obenerwähnte Zustand mit Beschleunigung wieder hergestellt, so wäre dies die Voraussetzung dafür, daß durch effektive deutsche Zahlungen eine Lösung des Ruhrkonflikts erreicht werden könnte, welche die Räumung des Ruhrgebiets in sich schließt.

In der Presse sind Nachrichten verbreitet, die von einem Abbau des passiven Widerstandes und insbesondere von einem Kabinettsbeschluß der Reichsregierung wissen wollen, wobei das Kabinett sich auf den Standpunkt gestellt haben soll, „stillschweigend einzuwilligen, daß die alten Regierungsverordnungen, die seinerzeit für das Ruhrgebiet erlassen worden waren, daselbst nicht mehr beachtet würden". Dazu können wir nach Erkundigungen an zuständiger Stelle mitteilen, daß an dieser ganzen Meldung kein wahres Wort ist. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Lage darf nicht vergessen werden, daß es zwar das Bestreben der Reichsregierung ist, eine Verhandlungsbasis zu schaffen, daß es jedoch augenblicklich noch gänzlich ungewiß ist, ob es tatsächlich zu internationalen Unterhaltungen kommen wird. Bei den Beratungen der Reichsregierung hat naturgemäß auch die rechtliche Seite der Ruhrbesetzung Gegenstand von Unterhaltungen gebildet. Nach unserer Kenntnis der Dinge geht die Auffassung der Reichsregierung dahin, daß sie sich, auch wenn es zu den internationalen Besprechungen kommen sollte, niemals dazu bereit finden würde, in irgend einer Form die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung anzuerkennen. Dabei sei bemerkt, daß diese Rechtmäßigkeit sogar von England in einer offiziellen Note bekanntlich bestritten worden ist.

An die Reise nach Paris des Berliner Vertreters der Reparationskommission Haguenin sind mehrfach Vermutungen geknüpft worden, die als unzutreffend bezeichnet werden müssen. Haguenin hatte keinerlei Mission; vielmehr galt seine Reise lediglich schwebenden Reparationsfragen. Was die ebenfalls in letzter Zeit mehrfach wiedergegebenen Meldungen von der Besetzung des Botschafterpostens in Paris und des Gesandtenpostens in Brüssel betreffen, so hat die Reichsregierung, wie wir bereits mitteilten, so weit das Personelle der Angelegenheit in Frage kommt, sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt, doch steht sie auf dem Standpunkt, daß eine Ernennung erst dann Zweck hätte, wenn die Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben sein würde.

*

Neuerdings wird davon gesprochen, daß eine **belgische Vermittlungsaktion** im Gange sei. Wie wir dazu hören, ist es allerdings Tatsache, daß die belgische Regierung sowohl in Berlin wie in Paris eifrig bemüht ist, in dem Ruhrstreit zu vermitteln. Auch steht es fest, daß die deutsche Regierung dieser Vermittlung nicht unsympathisch gegenübersteht, während andererseits Herr Poincaré sich ablehnend verhält. Immerhin scheinen die Vermittlungsversuche der Belgier nicht aufgegeben zu sein; noch am gestrigen Tage sprach der hiesige belgische Gesandte auf dem Auswärtigen Amte vor, und es ist anzunehmen, daß es sich hierbei nicht lediglich um einen Höflichkeitsbesuch gehandelt hat. Ob die Vermittlung inzwischen fortgeschritten ist, mag dahin gestellt bleiben. Letzten Endes ist die Angelegenheit eng verquickt mit der Unterredung Baldwins mit Poincaré, deren Endresultat natürlich auch auf etwaige Vermittlungsschritte von entscheidendem Einfluß ist.

England und Deutschland.

Baldwin und seine Gegner. — Der Völkerbund — Die Arbeitslosigkeit. — Die britische Reichskonferenz.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.

△ **London,** 18. September.

Eine Frage, der man hier immer wieder begegnet, ist die: „Ist Englands Stern im Sinken?" Das in politischen Dingen so feinnervige englische Volk ist nicht unberührt davon geblieben, daß England heute schwächer und ohnmächtiger dasteht als seit Jahrhunderten. In der Welt ist es von Amerika überflügelt, in Europa von Frankreich. Der Kanadier Bonar Law konnte seine Untätigkeit noch damit verteidigen, daß ihm grundsätzlich an Europa weniger lag als an den Dominions. Seitdem aber hat Baldwin unzweideutig erklärt, daß England ohne die Wiederherstellung geordneter Zustände in Europa nicht gedeihen könne. Er hat im Interesse des Friedens Note über Note verfaßt, die Ruhrbesetzung verurteilt und mit einem selbständigen Vorgehen Englands gedroht. Dies alles verhinderte Poincaré nicht, ruhig und unbeirrt seines Weges zu gehen und vor allem die Verhandlungen bis in die gefährliche Nähe des Winters hinzuschleppen. Die englische Regierung sagte wohl A, aber niemals B, und als die ganze Welt das entscheidende Wort erwartete, ging sie in die Ferien.

Es wäre jedoch ungerecht, die Schwierigkeiten zu übersehen, die der Regierung Baldwin im Wege standen. Poincaré hat nicht nur die Majorität, sondern auch die Energie seines Landes hinter sich, während sich die französische Opposition in papierenen Protesten ergeht. Baldwin verfügt zwar gleichfalls über die Majorität des englischen Volkes, dagegen sieht er sich, sowie er eine entschlossene Haltung in der Ruhrfrage einnehmen will, einer äußerst rührigen und rücksichtslosen Minorität gegenüber. Daß diese Minorität, der u. a. MacKenna geopfert werden mußte, der eigenen Partei des Premierministers angehört, macht die Lage nur noch schwieriger. Nicht genug mit der „Meuterei der Diehards", wird die Geschlossenheit der konservativen Partei auch durch den Vorstoß der alten Koalitionsminister gefährden, die, je erfolgloser sich die Politik Baldwins gestaltet, um so mehr nach einem Zusammengehen mit den Lloyd-George-Liberalen drängen. Zum Sturz der Regierung Baldwin hat sich sogar Lord Birkenhead, bis vor kurzem der schroffste Gegner der französischen Gewaltpolitik, mit der „Daily Mail" verbündet.

Unter diesen Umständen bildete sich hier die Ueberzeugung heraus, daß die Regierung der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Frankreich dadurch aus dem Wege zu gehen wünsche, daß sie die Diskussion nach Genf verlegte. Lord Robert Cecil in Genf und Balfour im benachbarten Aix-les-Bains schienen diese Vermutung zu bestätigen. Da aber kam der griechisch-italienische Zwischenfall, der die Lage mit einem Schlage verschlechterte und Poincaré unerwartete Trümpfe in die Hand spielte. Denn einmal lieferte Mussolini dem französischen Premierminister den denkbar erwünschtesten Präzedenzfall, jede Einmischung des Völkerbundes in den Ruhrkonflikt abzulehnen, sodann aber kam es zu einer schweren Trübung der „historischen" englisch-italienischen Freundschaft. Die sonst so gut disziplinierte englische Presse beging hierbei den Fehler, aus Liebe zum Völkerbund sehr scharfe Worte gegen Mussolini zu gebrauchen, was sich die französische Propaganda in Rom zunutze machte. Während man also im vorigen Monat hier kaum daran zweifelte, daß die Ruhr- und Reparationsfrage in Genf zur Sprache kommen werde, fragt man sich heute in englischen Kreisen voll Besorgnis, ob der Völkerbund diese neue Belastungsprobe aushalten werde. Um so mehr wurde dann von der Zusammenkunft Baldwins und Poincarés in Paris gesprochen, ohne daß man freilich allzu große Hoffnungen hierauf setzte.

Wichtiger als der Völkerbund und die Ministerbesprechung scheint deshalb die am 1. Oktober in London zusammentretende britische Reichskonferenz zu werden, und zwar vor allem, weil bei dieser Gelegenheit eine Antwort auf die Frage gefunden werden soll: „Was können die Dominions zur Behebung der englischen Arbeitslosigkeit tun?" Denn die Arbeitslosigkeit bleibt das große innerpolitische Problem Englands. Vor einem Jahr glaubte man über die schwersten Zeiten hinweg zu sein, da sich auf allen Märkten eine leichte Wiederbelebung des Handels anzeigte. Zum Triumph der Rothermere-Presse dauerte diese Aufwärtsbewegung auch nach der Besetzung des Ruhrgebiets an, bis im Frühjahr der Rückschlag kam, dessen eigentliche Folgen sich erst jetzt geltend machen. Denn da damals die Auftragsbücher leer blieben, haben heute die Fabriken keine Arbeit. Es kam hinzu, daß außer dem sogenannten Dumping auch noch eine scharfe französische Preisunterbietung einsetzte, und zwar in der besonders empfindlichen Textil- und Wollindustrie. Plötzlich wurde in allen Lagern der englischen Industrie der Ruf nach Protektion und Schutzzöllen laut, wogegen sofort die Freihändler mobil machten. Der uralte Schlachtruf der englischen Konservativen und Liberalen: „Die Schutzzoll, hie Freihandel" war somit wieder lebendig geworden.

So kommt es, daß man heute viel von Schutzzöllen sowie von Vorzugszöllen hört, die englische Waren in allen Ländern des Weltreiches genießen sollen. Es sei hierbei daran erinnert, daß die Erzeugnisse des englischen Mutterlandes in den Dominions nicht etwa zollfrei sind. Denn die Dominions haben in den letzten Jahren eigene Industrien aufgebaut, die sie durch die Konkurrenz des Mutterlandes nicht vernichten lassen wollen. Die Dominions können somit England nur so weit entgegenkommen, daß sie seine Waren niedriger verzollen als die der nicht englischen Staaten. Was